bnr.de
blick nach rechts

12. November 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 23/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Finanz-„Leichen“ im Keller 2

Der NPD könnte weiteres Ungemach drohen – Parteichef Udo Voigt muss möglicherweise bald wieder um seine Position fürchten.

Tod eines „Titans“ 3

Das Gedenken an Jürgen Rieger eint die braune Szene – bis auf wenige Störenfriede.

Neue Gesichter 4

Die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen hat den Kreis ihrer parlamentarischen Berater erweitert – mit dabei ist auch Ingmar Knop von der DVU.

Schwarzes Musik Business 5

Im thüringischen Kirchheim hat ein Konzert mit Gruppen aus dem NS Black-Metal-Bereich stattgefunden – die Behörden zeigten sich machtlos.

„Hammerfest“ verhindert 6

Scheinbar „unpolitische“ Hooligan-Band ist tief ins rechtsextreme Milieu verstrickt.

Fusion im Blätterwald 7

Die langjährige rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa“ geht in einer neuen Publikation aus dem Hause Munier auf.

SEITENBLICK 8

Allenfalls Achtungserfolge 8

Für die rechtsextremen Parteien NPD und DVU hat sich im „Superwahljahr“ 2009 die Situation ingesamt verschlechtert – Grund zur Entwarnung gibt es trotzdem nicht.

AUSLAND 9

Mörderisches Klima 9

Russische Neonazis erschießen Menschenrechtler.

Neupositionierung 10

Die nationalistischen französischen „Identitären“ wollen zur politischen Partei werden – den Antisemitismus der extremen Rechten will man als überholte Ideologie nicht mehr vertreten.

MELDUNGEN 11

Finanz-„Leichen“ im Keller

Der NPD könnte weiteres Ungemach drohen – Parteichef Udo Voigt muss möglicherweise bald wieder um seine Position fürchten.

Hans Jochen Voß, Vorsitzender einer Untersuchungskommission der NPD zur Affäre rund um den Ex-Schatzmeister Erwin Kemna, tummelt sich gern unter dem Namen „NPD KV Unna/Hamm“ im Internet. Am 5. November wurde er in den Kommentarspalten einer extrem rechten Internetplattform gefragt, was eigentlich seine Untersuchungen ergeben hätten. „NPD KV Unna/ Hamm“ antwortete kurz angebunden: „Diese Aufklärung ist dem NPD Bundesparteitag gegeben worden in Berlin. Die Delegierten haben die Ergebnisse akzeptiert, und ihre Wahl damals getroffen.“ Mehr mochte er nicht verraten.

Keine zwei Tage später ließen die Schlagzeilen vermuten, dass „diese Aufklärung“ damals im April wohl nicht so ganz vollständig ausgefallen sein dürfte. „Spiegel online“ berichtete über Ermittlungsergebnisse des NRW-Landeskriminalamtes in Sachen Kemna. Die LKA-Beamten kommen zu dem Ergebnis, dass Spenden und Mitgliedsbeiträge der NPD jahrelang zu hoch angegeben wurden: von 2002 bis 2006 um exakt 870 154,15 Euro. Damit habe sich die Partei Zuschüsse von rund 270 000 Euro erschlichen. Treffen die Vorwürfe zu, wäre eine Strafzahlung von 1,75 Millionen Euro fällig; außerdem müsste die NPD die Zuschüsse zurückzahlen – etwas mehr als zwei Millionen Euro also.

Wirklich überraschend kamen die Meldungen nicht. Bereits im September 2008, nachdem das Landgericht Münster Kemna wegen Unterschlagung zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt hatte, war bekannt geworden, dass dessen „Buchführung“ auch vor dem Hintergrund von Tricksereien bei der Parteienfinanzierung unter die Lupe genommen würde. Überraschend ist auch nicht, wie sich die NPD in dem jetzt diskutierten Fall öffentliche Zuschüsse erschlichen haben könnte. Ganz ähnlich hatte es der Ex-Landeschef in Thüringen, Frank Golkowski, praktiziert. Eine Strafzahlung von 870 000 Euro hatte das die Partei gekostet. Obendrein hatte Golkowski später behauptet, die Praxis gezielter Spenden-Manipulationen werde von der NPD-Führung „toleriert und sogar gefördert“.

Folgt man dieser Aussage Golkowskis, würde sich auch eher erklären, warum Udo Voigt so lange treu an der Seite Kemnas stand. Nicht Vertrauensseligkeit gegenüber einem langjährigen, am Ende aber betrügerischen Vorstandskollegen wäre es gewesen, sondern Kameraderie zweier NPD-Politiker, die gemeinsam eine Finanz-„Leiche“ im Keller haben. Und wäre es so gewesen, würde dies noch einmal ein ganz anderes Licht auf eine merkwürdige Finanztransaktion im Sommer 2008 werfen. 20 000 Euro waren vom Verlag der „Deutschen Stimme“ an Stephan Haase, NPD-Vize in Nordrhein-Westfalen, geflossen und von ihm an Kemnas Verteidiger, wie der Schweriner NPD-Fraktionschef Udo Pastörs seinerzeit empört berichtete. Öffentlich erklärt wurden die Hintergründe der Zahlung an den Ex-Kassierer, der immerhin mehr als 700 000 Euro aus der Parteikasse abgezweigt hatte, nicht.

Bundesschatzmeister Ulrich Eigenfeld übt sich angesichts der neuen Berichte in Durchhalteparolen. „Ein neuer Spendenskandal, der die NPD erschüttert, soll von ‚Spiegel online‘ offensichtlich herbeigeschrieben werden“, klagt er und appelliert an die Bereitschaft der „Kameraden“, wieder einmal ins eigene Portemonnaie zu greifen: „In diesem Kampf brauchen wir die Unterstützung aller Freunde und Anhänger.“ Bundesgeschäftsführer Klaus Beier sekundiert: „Die Partei wird dadurch keineswegs in ihrer Existenz erschüttert.“

Doch es kommt einiges zusammen in diesen Monaten. Vor Gericht wird noch über eine Rückzahlungsforderung wegen falscher Rechenschaftsberichte in Höhe von 1,27 Millionen Euro gestritten. Nach dem Tod von Jürgen Rieger ist niemand mehr da, der mal locker sechsstellige Darlehen fließen lassen kann. Nach allem, was man weiß, hat er die Partei auch nicht im Testament bedacht. Unklar ist zudem, welche Rückzahlungsmodalitäten für die von ihm gewährten Kredite über eine halbe Million Euro mit Rieger vereinbart wurden.

Schneller als erwartet könnte Voigt wieder um seine Position fürchten müssen. Dann wäre die zweite Chance für die parteiinterne Opposition gekommen. Ob deren Vertreter freilich selbst eine weiße Weste haben, ist eine ganz andere Frage.

Tomas Sager

Tod eines „Titans“

Das Gedenken an Jürgen Rieger eint die braune Szene – bis auf wenige Störenfriede.

Ein „Riese“ war er für Christian Worch, für die „Freien Kräfte Köln“ trägt er gar göttliche Züge: Ein „Titan“ sei Jürgen Rieger gewesen. Thomas Wulff hatte den Ton vorgegeben, als er am 29. Oktober den Tod Riegers in dem für ihn so typischen Duktus verkündete, der stets ein wenig an die Sondermeldungen des Oberkommandos der Wehrmacht erinnert: „Noch am Sonnabend, dem 24.10.2009, hat Kamerad Rieger, dem Befehl des Gewissen folgend, in seinem unerschütterlichem Glauben an Deutschland, im politischen Kampf gestanden. In der Reichshauptstadt Berlin beendete das Schicksal am späten Sonnabend Nachmittag diesen Kampf. Heute Mittag, kurz nach 13.00 Uhr, hörte sein starkes Kämpferherz auf zu schlagen.“ Kaum eine Neonazi-Gruppierung, die seither nicht in mehr oder weniger pathetischem Ton an den Neonazi-Anwalt und seine „Verdienste“ juristischer, finanzieller, organisatorischer oder rassistisch-ideologischer Art erinnert.

Sogar alte Feindschaften werden für den Augenblick zurückgestellt. Christian Worch, der doch eigentlich kategorisch jeder Zusammenarbeit mit einer von Udo Voigt geführten NPD eine Absage erteilt hatte, macht eine Ausnahme, wenn es um einen „Gedenkmarsch“ für den toten NPD-Vize geht. Stattfinden soll er am 14. November in Wunsiedel, wenn er nicht noch verboten wird. Worch: „Auch wenn ich Kraft meiner ‚apodiktischen Erklärung‘ entschlossen bin, an keinen Veranstaltungen der NPD mehr teilzunehmen, wäre dies die notwendige, aber auch angemessene Ausnahme; denn in dem Fall ginge es nicht um die Identität des Ausrichters/Organisators/Leiters, sondern darum, einem großartigen Kämpfer die letzte Ehre zu erweisen. Über Gräbern schweigt der Streit.“

Ähnlich sieht das auch der DVU-Vorsitzende Matthias Faust. Rieger habe sich „als Anwalt für Meinungsfreiheit eingesetzt, als Publizist und Politiker für sein Vaterland“, erklärte er. Und weiter: „Unsere politischen Wege trennten sich zuletzt und in der gleichen Offenheit, die Rieger für seine Positionen zeigte, haben wir diese Meinungsunterschiede über die Zukunft der deutschen Rechten offen gelegt. Der Tod gebietet es, all dies ruhen zu lassen.“

Zugleich verschwand spurlos der Passus eines Textes auf der DVU-Homepage, der zwei Wochen vor Riegers Tod seine Immobiliengeschäfte thematisiert hatte. Dort wurden dessen Verdienste um die Szene deutlich in Zweifel gezogen. Unter anderem hatte der Autor „HN“ geschrieben, Rieger habe „Spendengelder und Nachlässe, die im guten Glauben gegeben worden sind, dass sie für die politische Zukunft investiert würden, in den Sand gesetzt – marode Kinos, abgewrackte Hotels in der Pampa“. Und direkt angeschlossen hatte er die Frage: „Wie viel hat der ‚feine Herr Rieger‘ wohl an diesen Geschäften verdient?“ Aber diese Frage zu stellen, traut sich die DVU nun ganz pietätvoll nicht mehr.

Den Frieden am Grab stören andere, aber nur wenige. Unter ihnen ist der Hamburger Neonazi Thorsten de Vries, der sich selbst anrechnet, zu denen gehört zu haben, die Rieger für eine Arbeit innerhalb der NPD gewonnen hätten. Er fordert einen „Untersuchungsausschuss (partei-intern oder partei-frei)“, durch den alle Begleitumstände die zum Tod von Rieger geführt haben, „lückenlos aufgeklärt werden“ sollen. Er sehe „den Verdacht des grob fahrlässigen (FALSCH) Handelns durch Mitglieder des NPD-Bundesvorstandes gegeben“. De Vries weiter: „Ohne Jürgen Rieger wäre Udo Voigt jetzt kein Bundesvorsitzender der NPD mehr und Steiner auch nicht in den NPD Bundesvorstand gewählt worden. Und dann verweigern ausgerechnet die beiden Personen (nach jetzigem Stand der Dinge) Jürgen den Notarzt?!“

Die anderen Störenfriede sitzen im Süden der Republik: jene Münchner Neonazis rund um Philipp Hasselbach, die ausgerechnet für den 14. November einen „Heldengedenkmarsch“ in der bayerischen Landeshauptstadt angemeldet haben – und denen jetzt lediglich das Gericht einen Strich durch die Rechnung machen dürfte. NPD und „parteifreie“ Neonazis rufen für denselben Tag zum Rieger-„Gedenkmarsch“ in Wunsiedel auf. Worch hatte seine ebenfalls für den 14. November geplante Demonstration in Halbe unter Hinweis auf die Veranstaltung im Fichtelgebirge bereits verlegt. Hasselbach arbeitet im Übrigen als Pressesprecher für den Münchener Stadtrat Karl Richter, der zugleich stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender ist. Dem dürfte Hasselbachs Widerborstigkeit eher weniger gefallen.

Tomas Sager

Neue Gesichter

Die NPD-Landtagsfraktion in Sachsen hat den Kreis ihrer parlamentarischen Berater erweitert – mit dabei ist auch Ingmar Knop von der DVU.

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode hat die sächsische NPD-Landtagsfraktion personelle Veränderungen bei ihrem Mitarbeiterstab der parlamentarischen Berater vorgenommen. Auffällig ist, dass die meisten von ihnen von anderen Rechtsparteien zur NPD gestoßen sind.

Holger Szymanski (Jg. 1972), seit Mai 2008 Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes, übernimmt zusätzlich das Amt des Pressesprechers. Szymanski, der auch dem NPD-Landesvorstand angehört, war von 1993 bis 1995 Landesvorstandsmitglied der sächsischen Republikaner. Zeitweilig fungierte er als Kontaktperson der burschenschaftlichen „Akademischen Ferialverbindung Rugia Karlsbad". Im September 2004 war Szymanski der NPD beigetreten. Olaf Rose (Jg. 1958) betreut weiterhin den Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur und Medien sowie den Innenausschuss. Der szenebekannte Historiker Rose, Vorstandsmitglied der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP), war im November 2006 einer der Redner bei der „Nationalversammlung des Deutschen Ostens", dem Parlament des imaginären Exilstaates „Vereinigte Ostdeutsche Reichsgebiete". Im April 2005 „beeindruckte" Rose seine Zuhörer/innen bei der Jahreshauptversammlung der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" mit Ausführungen über die „Friedensanstrengungen der Reichsregierung und Rudolf Heß".

Neu mit dabei ist jetzt Ingmar Knop (Jg. 1975), DVU-Bundesvize und DVU-Landeschef in Sachsen-Anhalt. Der Rechtsanwalt kümmert sich um den Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa sowie den Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten. Im Mai 2007 referierte Knop beim GfP-Jahreskongress zum Thema „Juristische Fallstricke strangulieren Meinungsfreiheit". Auf Klientensuche geht Knop unter anderem per Anzeige in der „National-Zeitung" sowie im NPD-Organ „Deutsche Stimme".

Selbst in NPD-Kreisen kaum bekannt ist Stefan Paasche (Jg. 1959), Lehrer für Mathematik und Chemie. Paasche betreut die Ausschüsse für Schule und Sport sowie Umwelt und Landwirtschaft. 1992 war Paasche Unterzeichner eines „Dramatischen Appells an die Bundesregierung" namens „Freiheit für Königsberg". In dem aus Kreisen der „Jungen Freiheit" initiierten Appell hieß es: „Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich mit den Regierungen Rußlands und Litauens in Verhandlungen über eine Ermöglichung der ungehinderten Ansiedlung von Deutschen (insbesondere der Rußlanddeutschen) und eine deutsche Verwaltung Nordostpreußens einzutreten."

Der NPD-Stadtrat Peter Schreiber (Jg. 1973), der bisher beim Deutsche Stimme Verlag (Riesa) den Vertrieb geleitet hat, sieht beim Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz nach dem Rechten. Finanzwirt Schreiber war von 1999 bis 2001 stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikanischen Jugend (RJ) in Hessen und später Pressesprecher der „Coburger Runde" in Bayern, die eine Intellektualisierung der Szene anstrebte.

Thorsten Thomsen (Jg. 1973), vormals Beisitzer im schleswig-holsteinischen Landesverband der rechtspopulistischen Partei Bund Freier Bürger (BFB) und stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Freiheitlichen im BFB, arbeitet dem Ausschuss für Wirtschaft und ebenfalls dem Innenausschuss zu. Thomsen greift unter anderem regelmäßig für die „National-Zeitung" sowie die Zeitschriften „Nation&Europa" und „Die Aula" zur Feder. Im Oktober 2002 nahm Thomsen als Referent bei den 11. Kärntner Kulturtagen des NS-apologetischen „Kulturwerkes Österreich" in Sirnitz teil. Thomsen sprach zum Thema „Die Deutschen im Europa der Vaterländer".

Langjährige NPD-Kader sind Per Lennart Aae (Jg. 1940) und Sascha Roßmüller (Jg. 1972). Sie arbeiten jetzt als Teilzeitkräfte auf dem Gebiet Haushalt und Finanzen beziehungsweise Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Der gebürtige Schwede Aae, bis 2002 NPD-Bundesvorstandsmitglied, gehört seit 1979 der NPD als Mitglied an. Aae gilt in NPD-Kreisen als Ideengeber des Konzepts der raumorientierten Volkswirtschaft. Roßmüller war von 1999 bis 2002 Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten. 1991 zählte er zu den Gründungsmitgliedern des 1993 verbotenen neonazistischen „Nationalen Blocks".

Anton Maegerle

Schwarzes Musik Business

Im thüringischen Kirchheim hat ein Konzert mit Gruppen aus dem NS Black-Metal-Bereich stattgefunden – die Behörden zeigten sich machtlos.

Das konspirativ beworbene NS-Black-Metal-Konzert in der „Erlebnisscheune“ im thüringischen Kirchheim konnte am 7. November dieses Jahres ungestört über die Bühne gehen. Die Behörden hatten keine eigenen Angaben zu den Hintergründen der Organisisatoren – und sahen vor Ort keine Handhabe, gegen eine geschlossene Veranstaltung vorzugehen.

Als die Polizei am frühen Samstagabend die kleine thüringische Ortschaft Kirchheim abriegelte, hatte das Verwaltungsgericht Weimar eine zuvor erlassene Verbotsverfügung der Gemeinde bereits wieder aufgehoben: Denn die war dem Wirt des Hotels „Fachwerkhof Kutz“, auch genannt „Erlebnisscheune“, zugestellt worden – in ihm sah das Gericht allerdings den falschen Adressaten. Nach internen Informationen soll der Wirt zwar eine Abmachung mit der NPD für diverse Veranstaltungen haben, aber über jeweiligen Anlass und Organisationsstrukturen erst kurzfristig in Kenntnis gesetzt werden.

So ging das Kalkül des „Merchant of Death“-Versandhandels (MoD) aus Berlin, dessen Betreiber der thüringische Neonazi Hendrik Möbus ist, auf. Seine anreisenden Gäste unter anderem aus Tschechien, Finnland, Sachsen und Nordrhein-Westfalen konnten sich sicher fühlen. Die Veranstaltung war als geschlossene Veranstaltung mit genau verzeichneter Teilnehmerliste ausgewiesen.

Die meisten der rund 70 Besucher trugen überwiegend lange, zum Zopf gebundene Haare, schwarzes Leder oder Tarnjacken. Sie hatten für den exklusiven Gig im Voraus bezahlt. Immer wieder sah man auch Aufnäher der bekanntesten deutschen NS Black-Metal-Band „Absurd“, deren Kopf der verurteilte Straftäter Hendrik Möbus war.

Zwar mussten die anreisenden Konzertbesucher eine Personalien- und Führerscheinkontrolle überstehen, doch darauf waren sie vorbereitet, wie ein Teilnehmer auf Nachfrage erklärte. Er zeigte ein von Hendrik Möbus unterschriebenes Blatt Papier, in dem dieser persönlich zur „Tonträger-Werbeveranstaltung“ nach Kirchheim eingeladen hatte. Das Schreiben endete mit dem Hinweis, unbedingt das Einladungsschreiben mitzunehmen, denn „unsere Freunde und Helfer könnten Dich danach fragen“. Er rät seinen Gästen darin auch, „Warndreieck und Verbandskasten“ dabei zu haben, wohlweislich, um die erwarteten Polizeikontrollen sicher zu passieren.

Verherrlichung von Hakenkreuz und Drittem Reich

Kurz nach 21:00 Uhr an dem Samstag zog sich die Polizei schließlich aus Kirchheim zurück und das Konzert mit den drei Bands „Armatus“ (Deutschland), „Goatmoon“ (Finnland) und „Sturmkaiser“ (Italien) begann ohne weitere Beeinträchtigungen. Die 1997 gegründete nordrhein-westfälische Band „Armatus“ gilt als provokativ. Ihre zuletzt veröffentlichte CD „Armee der schwarzen Stiefel“ war dem in Italien inhaftierten Kriegsverbrecher und unbelehrbarem Altnazi Erich Priebke gewidmet. Bei einem Konzert vor rund acht Jahren soll ein Bandmitglied gemeinsam mit einem Kameraden einen Besucher mit Messer und Pistole bewaffnet angegriffen haben, heißt es in der Veröffentlichung „Unheilige Allianzen“ des Musikexperten Christian Dornbusch. Die finnischen Musiker von „Goatmoon“ gelten als rassistisch, sie verherrlichen Hakenkreuz und Drittes Reich in ihren Songs. Anfang 2008 fand ein gemeinsamer Auftritt mit „Absurd“ in Finnland statt.

Bereits am Mittwoch zuvor hatten Thüringer Behörden und Lokalmedien durch einen Bericht von bnr.de von dem konspirativ vorbereiteten Konzert erfahren. Nur einen Tag später warnte auch die „Mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus“ (Mobit) vor einem „neuen Neonazizentrum“ in der „Erlebnisscheune“ Kirchheim, in der in diesem Jahr bereits rund zehn rechtsextreme Veranstaltungen stattgefunden hätten. Trotz der Hinweise und Warnungen konnte die Pressestelle des Thüringer Innenministeriums am darauf folgenden Freitag dann keine genaueren Auskünfte zu der Veranstaltung machen. Recherchen des MDR bestätigten, dass der 26-jährige NPD-Funktionär Patrick Weber, der auch im Stadtrat von Sondershausen sitzt, die Räumlichkeiten vermittelt hatte. Weber ist nach eigenen Angaben seit seinem 14. Lebens-

jahr in der Szene aktiv und firmiert als Geschäftsführer des „Germania Versands“ in Sondershausen.

Hendrik Möbus, der 1993 als „Satansmörder von Sonderhausen“ bekannt wurde und eine insgesamt 12-jährige Haftstrafe absaß, scheint von seinem zweifelhaften Ruf intern zu profitieren. Ebenso wie sein Bruder Ronald gilt er als Größe im NS Black-Metal Business. Erst im Oktober dieses Jahres durchsuchten Polizeibeamte seine Berliner Wohnung und beschlagnahmten bei ihm und einem Partner rund 12 000 CDs, teils mit rassistischen Symbolen.

„Totentanz“-Veranstaltung mit „Absurd“

Hendrik Möbus, der im August dieses Jahres der internationalen „Autonomen Nationalisten“-Plattform „Syndikat Z“ ein Interview gab, weiß auch mit elitären politischen Statements Aufsehen zu erregen. „Syndikat Z“ gegenüber räumte Möbus ein, er wisse von der „politisierenden“ Massenwirkung von Musik. So kämen viele junge Menschen „erst durch Musik mit den Ideen der ‚nationalen Bewegung‘ in Berührung“, unter diesem Einfluss könne sich dann eine „arteigene Weltanschauung bei ihnen entwickeln“. Aber offen rechnet der Neonazi mit pöbelnden und „asozialen Alkoholikern“ unter den Kameraden ab. Er würde es eher begrüßen, „wenn die Musik ganz unabhängig von irgendeiner ‚Jugendkultur‘ existieren könne“. Denn, „wem es mit der ‚nationalen Bewegung‘ ein ernstes Anliegen ist, der sollte sich frühzeitig von einer ‚Jugendkultur‘ emanzipieren“, betonte Möbus – wohl nicht ohne Anspielung in Richtung der oft als Lifestyle-Erscheinung kritisierten „Autonomen Nationalisten“.

Neben dem Online-Versand „Merchant of Death“ veranstaltet Hendrik Möbus unter dem Namen „Totentanz Konzerte“ (TTK) Veranstaltungen mit Gruppen aus dem NS Black-Metal-Spektrum. Wie nun bekannt wurde, hatte TTK bereits einen Tag vor der Feier in Kirchheim zu einem Konzert im tschechischen Zatec geladen. Dort waren neben „Sekhmet“ (Tschechien), auch „Goatmoon“ und „Sturmkaiser“ angekündigt worden. In Zatec erwartete die Besucher auch ein „Special guest“, wobei Szenekenner davon ausgehen, das es sich dabei um einen der seltenen Auftritte der Band „Absurd“ gehandelt haben könnte.

Andrea Röpke/Maik Baumgärtner

„Hammerfest“ verhindert

Scheinbar „unpolitische“ Hooligan-Band ist tief ins rechtsextreme Milieu verstrickt.

Die Bekleidungsmarke „Erik and Sons“ warb über Monate für ein „Hammerfest“ mitten in Berlin. Auf der Bühne sollte die Hooligan-Band „Kategorie C – Hungrige Wölfe“ stehen. „Kategorie C“ tritt nach Außen als „unpolitisch“ auf. Das Konzert fand allerdings nicht statt. Mehre Besitzer möglicher Veranstaltungsorte kündigten dieVerträge, nachdem sie Wind davon bekommen hatte, was stattfinden sollte. 350 potenzielle Konzertbesucher folgten dem Ruf der Veranstalter zu einer Spontandemonstration im Südosten Berlins. Die Polizei untersagte es aber, live Musik abzuspielen. Nicht wenige der „unpolitischen“ Fußballanhänger grölten daraufhin rechtsextreme Parolen. Unter den größtenteils angetrunken „KC Fans“ war auch eine Gruppe Mitglieder des vor kurzem verbotenen „Frontbann 24“.

Die Verbindung „Kategorie C“ und „Erik and Sons“ ist nicht neu. Die „Thor Steinar“ Konkurrenz ist von dem ehemaligen „Thor Steinar“-Mitarbeiter Udo S. gegründet worden. „Erik & Sons“ wirbt auf der „Kategorie C“-CD „Für immer KC“. Der Sänger der Band tritt im „Erik and Sons“-T-Shirt auf. Das inzwischen geschlossene Berliner Geschäft „Horrido“ verkaufte ausschließlich Produkte von „Erik and Sons“ sowie „Kategorie C“. Als Konzertpartner für das „Hammerfest“ war „der Versand“ aufgeführt. Dieser Versand „für alle Ultras, Hooligans und Kategorie C“ gehört Timo S., ehemaliges Mitglied bei „Kategorie C“. S. ist bekannt als Schlagzeuger der Neonazi-Bands „Hauptkampflinie“ und „Agitator“. Ein weiterer Konzertpartner war „Böwe-Security“ aus Thüringen. Dem Besitzer Frank B. gehört das Geschäft „Bouncer“ in Meiningen. Hier gibt es in der rechtsextremen Szene beliebte Produkte zu kaufen.

Die „Böhse Onkelz“-Coverband „Exitus Letalis“ aus Bielefeld sollte neben „Kategorie C“ spielen. Beide Bands traten schon öfter gemeinsam auf. Das nicht stattgefundene Konzert verschaffte der unweit vom Veranstaltungsort gelegenen Gaststätte „Zum Henker“ 120 Gäste. Die Kneipe ist als rechtsextremer Szenetreffpunkt über die Grenzen von Berlin bekannt.

Fabian Kunow

Fusion im Blätterwald

Die langjährige rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa" geht in einer neuen Publikation aus dem Hause Munier auf.

„Aus gegebenem Anlass" bitten die „Nation Europa Verlag GmbH" und die Redaktion der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa" (NE) aus Coburg in Bayern in der aktuellen NE-Doppelausgabe für November und Dezember, das Abonnement für 2010 „noch nicht zu bezahlen." Lapidar wird mitgeteilt, dass „einige Veränderungen" anstünden, bei denen es „vereinzelt zu Komplikationen" kommen könne. Zu ergänzen ist hier, dass „Nation&Europa" im 59. Jahrgang offensichtlich das Aus ereilt hat. NE, die älteste Zeitschrift des deutschen Rechtsextremismus und über Jahrzehnte hinweg führendes ideen- und strategiepolitisches Organ von Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur, geht in dem neuen Monatsheft „ZUERST! Deutsches Nachrichtenmagazin" auf, das ab Mitte Dezember auf den Markt gebracht werden soll. Das Heft erscheint im Verlag Deutsches Nachrichtenmagazin ZUERST! aus Selent in Schleswig-Holstein. „Zuerst!" soll auch im Bahnhofsbuchhandel und an Kiosken erhältlich sein. Und auch die bisherigen „Nation&Europa"-Abonnenten erhalten künftig „ZUERST!".

Geschluckt wurde von dem Verlag auch die Nation Europa Verlags GmbH. Neben den bekannten Rechtsextremisten Peter Dehoust und Harald Neubauer gehört Almut Späth zu den drei Herausgebern von „Nation&Europa". Späth, auch Anteilseignerin des NE-Verlags, ist eine von drei Töchtern des NE-Gründers Arthur Ehrhardt. Ehrhardt war einst SS-Sturmbannführer und Chef der „Bandenbekämpfung" im Führerhauptquartier.

Geschäftsführer des Verlags Deutsches Nachrichtenmagazin ZUERST! ist Dietmar Munier (Jg. 1954), der zugleich der Verlagsgruppe Lesen & Schenken als Geschäftsführer vorsteht. Zu der Verlagsgruppe gehören der Arndt-Verlag, Bonus-Verlag, Pour le Merite und Orion-Heimreiter. Das Verlagsprogramm ist durch revisionistische Literatur geprägt. Am 10. Januar dieses Jahres war Munier Ehrengast beim Neujahrsempfang der sächsischen NPD-Landtagsfraktion in Dresden. Munier war einst stellvertretender schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN), JN-Kreisvorsitzender in Kiel sowie Aktivist des Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ). Im Namen der Volkstreuen Jugend (VDK) lud er beispielsweise im Juni 1977 zu einem Wehrwolf-Jugendlager auf den Hof Eichhorst bei Plön ein.

Ende der 70er Jahre war Munier bereits Inhaber des Buchlandes/Buchdienstes „Sturmwind" in Kiel, der den Grundstock seines verlegerischen Tuns bildet. Als einem Schwerpunkt seines politischen Wirkens widmete sich Munier in den 90er Jahren dem Revanchismus: erstmals 1991 als Initiator der „Aktion deutsches Königsberg", 1992 als Gründer des „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V. und 1993 als Geschäftsführer der „Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH".

Die 84 Seiten umfassende neue Zeitschrift „ZUERST!", so Munier, „soll die Initialzündung für ein allgemeines Aufwachen und Umdenken bilden" und „die Umerziehungsmedien ... herausfordern". Die Redakteure des Blattes „brennen" laut Munier darauf, „die Türen der Etablierten zu berennen und ihnen keine Ruhe mehr in ihrer Festung der Einheitsmeinung zu lassen". Vor dem offiziellen Start von „ZUERST!" ließ Munier seinem Kundenkreis im Sommer ein damals noch namenloses 16-seitiges Pseudo-Magazin zukommen. Über 8000 Exemplare wurden danach angeblich von den Lesern zur Verteilung im Bekanntenkreis angefordert. Zu lesen war in dem „ZUERST!"-Vorläufer der übliche rechtsextreme Einheitsbrei: Gejammere wegen der strafrechtlichen Verfolgung von Holocaust-Leugnern, denen es nur um technische Fragen wie die „bautechnischen Voraussetzungen für den Betrieb von Gaskammern" gehe,Wehklagen über Ausländerkriminalität, Hetze gegen den polnischen Nachbarstaat: „Polen hat für uns im Prinzip keinerlei Nutzen."

Verantwortlich für den Inhalt der Internetpräsenz von „ZUERST!" ist Manuel Ochsenreiter (Jg. 1976), vormals Politik-Redakteur der „Jungen Freiheit", seit Ende 2004 Chefredakteur der „Deutschen Militärzeitschrift" (DMZ), die ebenfalls zum Verlagsimperium von Dietmar Munier gehört. Ochsenreiter ist Interviewpartner des NPD-Organs „Deutsche Stimme" sowie der bisherigen Monatszeitschrift „Nation&Europa".

Anton Maegerle

Allenfalls Achtungserfolge

Für die rechtsextremen Parteien NPD und DVU hat sich im „Superwahljahr" 2009 die Situation ingesamt verschlechtert – Grund zur Entwarnung gibt es trotzdem nicht.

Das „Superwahljahr" 2009 mit Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen war auch für die rechtsextremen Parteien von großer Bedeutung. Zu Beginn des Jahres konnte man folgende Fragen formulieren: Ergeben sich für sie wichtige Fortschritte auf dem Weg hin zu einer etablierten Wahlpartei? Gelingt der DVU in Brandenburg und der NPD in Sachsen der Wiedereinzug in den Landtag? Kann die Fünf-Prozent-Hürde von der NPD in Thüringen übersprungen werden? Und lassen sich wenigstens Achtungserfolge bei den Bundestags- und Europawahlen beziehungsweise den Wahlen in den westlichen Bundesländern ausmachen? Jetzt können Antworten auf diese Fragen gegeben werden, und es zeigt sich dabei deutlich: Die rechtsextremen Parteien stehen aktuell schlechter da als dies noch bei den vorherigen Wahlen der Fall war. Statt dem erhofften Durchbruch auf der elektoralen Ebene im Osten konnten sie auch dort nur eine sinkende Zustimmung durch die Wähler konstatieren. Lediglich in Sachsen gelang der NPD knapp der Wiedereinzug in den Landtag.

Das Ende der DVU als Wahlpartei

Hier nun zu den Ergebnissen und Parteien im Einzelnen: Die DVU befand sich nach dem Wechsel an der Parteispitze von Gerhard Frey zu Matthias Faust in einem Wandlungsprozess. Die neue Führung wollte durch ein gemäßigteres, moderneres und seriöseres Image punkten. Gleichwohl scheiterte die DVU bei allen Wahlen: Man verlor in Brandenburg mit nur 1,2 Prozent die letzte verbliebene Landtagsfraktion und wurde dabei in der eigenen „Hochburg" noch von der NPD mit 2,5 Prozent der Stimmen übertrumpft. Bei den Bundestagswahlen erlebte die DVU mit nur 0,1 Prozent ein Desaster, lag dieser Wert doch noch weit unter dem ohnehin schon geringen Ergebnis von 0,4 Prozent bei der Europa-Wahl. In diesen wie in vielen anderen Fällen wurde nicht einmal die für die Parteienfinanzierung wichtige Schwelle von 0,5 Prozent für die Bundestags- und Europawahlen beziehungsweise ein Prozent bei Landtagswahlen erreicht. Damit stellen sich für die ansonsten doch eher wohlhabende DVU ernsthafte finanzielle Probleme.

Organisatorisch und personell steht es um sie ebenfalls nicht gut: Die Mitgliederzahl sank von 2006 noch 8500 auf 7000 in 2007 und nur noch 6000 in 2008. Noch vor den entscheidenden Wahlen hatte die NPD den „Deutschland-Pakt", der eigentlich Konkurrenzkandidaturen zwischen beiden Parteien vermeiden sollte, einseitig gebrochen. Offenkundig meinte man, auf den zeitweiligen Bündnispartner keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Dafür gab es aus Sicht der NPD sogar gute Gründe: Die DVU konnte nach 2004 – im Unterschied zur NPD in Mecklenburg-Vorpommern – keinen Erfolg bei Landtagswahlen verbuchen. Im länderübergreifenden Vergleich schnitt die NPD immer besser ab. Auch das Ergebnis in Brandenburg spricht dafür, dass die DVU weniger Wähler mobilisieren kann – und dies, obwohl die Partei bereits zwei Legislaturperioden im dortigen Landtag saß. In der bilanzierenden Gesamtschau bedeutet dies das Ende der DVU als Wahlpartei. Im inner-rechtsextremen Machtkampf hat sich eindeutig die NPD durchgesetzt.

Der NPD fehlt das entscheidende Mehr an Zustimmung

Dabei handelt es sich aber auch schon um deren einzigen herausragenden Erfolg im Wahljahr 2009. Im eigenen politischen Lager stellt die NPD die allein bedeutsame Partei dar. Bei Wahlen konnte sie aber allenfalls Achtungserfolge verbuchen: In Sachsen gelang mit 5,6 Prozent am 30. August knapp der Wiedereinzug in den Landtag, obwohl man dort zuvor 9,2 Prozent der Stimmen verbuchen konnte. Gleichwohl hat sich die Partei in diesem Bundesland auf niedriger Ebene von um die fünf Prozent als Wahlpartei etabliert. Dafür spricht die bereits seit längerer Zeit auszumachende Zustimmung von über 20 Prozent in regionalen Hochburgen wie der Sächsischen Schweiz, aber auch die überdurchschnittlich große Zustimmung bei bundesweiten oder kommunalen Wahlen in Sachsen. Bei der Bundestagswahl am 27. September erhielt die NPD dort vier Prozent (Bundesdurchschnitt: 1,5 Prozent) der Stimmen. Es fehlt aber auch immer noch das entscheidende Mehr an Zustimmung für den Parlamentseinzug wie bei der Landtagswahl in Thüringen am 30. August mit 4,3 Prozent der Stimmen.

SEITENBLICK

Bei Wahlkandidaturen rechtsextremer Parteien ist aber nicht nur der Parlamentseinzug, sondern auch die Wahlkampfkostenerstattung bedeutsam: Meist übersprang die NPD jene Werte, die für die Parteienfinanzierung erreicht werden müssen. Insofern gelangen hohe Summen aus dem staatlichen Haushalt in die Kassen der Partei. Aufgrund deren bedenklicher finanzieller Situation garantiert dies zunächst einmal die Fortexistenz der NPD auch auf dieser Ebene. Angesichts des erneuten Einzugs in den Landtag in Sachsen kann die Partei dort sogar für die Gründung einer parteinahen Stiftung staatliche Zuschüsse im sechsstelligen Euro-Bereich beantragen. Dies ermöglicht der NPD den Ausbau ihrer bisherigen politischen Arbeit und treibt ihr wohl auch Anhänger der sich immer mehr im Zerfall befindlichen DVU zu. Bei den nächsten Wahlen dürfte sie aber kaum Erfolge verbuchen, finden diese doch überwiegend in den westdeutschen Bundesländern statt. Dort blieb man auch 2009 weit unter fünf Prozent, selbst in der westlichen „Hochburg" Saarland waren es nur 1,5 Prozent der Stimmen.

Rechtsextremes Einstellungspotenzial liegt weit über fünf Prozent

Wie lässt sich nun die Situation rechtsextremer Parteien aktuell bilanzierend einschätzen? Die DVU ist in keinem Landtag mehr vertreten, hat angesichts der geringen Wählerzustimmung auch keinen Anspruch auf die Parteienfinanzierung und verliert kontinuierlich ihre ohnehin inaktiven Mitglieder. Die NPD konnte keinen entscheidenden Schritt hin zur Etablierung als Wahlpartei machen, lediglich in Sachsen zog sie erneut in den Landtag ein und blieb bei den anderen Wahlen eindeutig unter fünf Prozent der Stimmen. Die Gelder aus der Wahlkampfkostenerstattung dürften ihre politische Arbeit aber noch jahrelang weiter tragen. Intern besteht ein heftiger Konflikt um den richtigen strategischen Weg, der die Außenwirkung der NPD zumindest einschränken dürfte. Insofern steht die Partei schlechter da als noch vor fünf Jahren. Ein Grund zur Entwarnung ist dies nicht, existiert doch ein rechtsextremes Einstellungspotenzial in der Bevölkerung von weit über fünf Prozent. Der NPD gelang es bislang aber nicht, dieses Potenzial auch bei Wahlen für sich zu mobilisieren.

Armin Pfahl-Traughber

AUSLAND

Mörderisches Klima

Russische Neonazis erschießen Menschenrechtler.

Hinter dem Attentat auf den Moskauer Anwalt Stanislaw Markelow und die Journalistin Anastasia Baburowa sollen russische Neonazis stehen. Markelow und Baburowa waren am 19. Januar 2009 in der Moskauer Innenstadt erschossen worden, nachdem sie an einer Pressekonferenz teilgenommen hatten. Anfang November gaben die russischen Behörden jetzt die Verhaftung des 1980 geborenen Nikita Tichonow und der 1985 geborenen Jewgenija Chasis bekannt. Chasis soll die späteren Opfer ausspioniert haben. Tichonow tötete zunächst Markelow mit einem Genickschuss und erschoss danach Baburowa, die den Mörder festhalten wollte. Beide waren den russischen Neonazis verhasst. Die Journalistin, die für die „Nowaja Gaseta" arbeitete, hatte auch über die wachsende russische Neonazi-Szene recherchiert.

Markelow vertrat als Anwalt Opfer rechtsextremer Gewalttaten oder deren Angehöriger vor Gericht. 2006/2007 war er Anwalt der Eltern von Alexander Rjuchin. Der 19-jährige Nazigegner war am 16. April 2006 in Moskau von sechs Neonazis angegriffen und erstochen worden. Drei der Angreifer wurden zu Freiheitsstrafen zwischen sechs und vier Jahren verurteilt. Zu den drei untergetauchten Mittätern gehört auch Nikita Tichonow. Er soll nach Angaben der Ermittlungsbehörden Mitglied der extrem rechten „Russischen Nationalen Einheit" (RNE) gewesen sein. Die Partei wies jede Verantwortung zurück und bestritt die Mitgliedschaft. Die 1990 gegründete RNE agierte rassistisch und antisemitisch. Nachdem sie in den 90er Jahren Russland-weit aktiv war, ist sie heute in mehrere sich bekämpfende Fraktionen zersplittert. 1994 wurde die RNE von der braunen Knasthilfeorganisation HNG als „Freund des deutschen Volkes und seiner nationalen Rechten!" gefeiert.

Russische Menschenrechtler haben die Morde an Markelow und Baburowa auch mit deren Engagement für die Menschenrechte in Tschetschenien in Verbindung gebracht. Diese These ist nach den Verhaftungen noch nicht vom Tisch. Denn Neonazis gehören zu den erklärten Unterstützern der russischen Militäroperationen in dem Land.

Peter Nowak

Neupositionierung

Die nationalistischen französischen „Identitären" wollen zur politischen Partei werden – den Antisemitismus der extremen Rechten will man als überholte Ideologie nicht mehr vertreten.

„Wir stehen der (italienischen) Lega Nord näher als dem (französischen) Front National", tönte es von der Tribüne herunter – denn, so lautet die Begründung, der staatsfixierte Nationalismus sei überholt und das weiße Europa müsse zusammen stehen. Dies verkündete Fabrice Robert, Chef der französischen rechtsextremen Aktivistenorganisation Bloc Identitaire, Mitte Oktober in Orange von der Rednertribüne. Dort löste er Richard Roudier ab, den Vorsitzenden des „Hilfskomitees für die europäischen Gefangenen", das sich um die Betreuung von Häftlingen kümmert, die für rassistisch motivierte Straftaten einsitzen.

Die Strömung der so genannten identitären Nationalisten (Les Identitaires) versammelte ihre Anhänger auf einem europaweiten „Konvent" in Orange – mit ausdrücklicher Rückendeckung aus dem Rathaus. In der südfranzösischen Stadt mit 30 000 Einwohnern regiert seit 1995 der rechtsextreme Bürgermeister Jacques Bompard. Er hatte schon im Gründungsjahr 1972 dem Front National angehört, den er jedoch vor vier Jahren verließ.

Die wichtigste Organisation der „Identitären" in Frankreich, der Bloc Identitaire (die Nachfolgeorganisation der Unité Radicale), kündigte an dem Wochenende am 17./18. Oktober seine Umwandlung von einem bisherigen Verein in eine eingetragene politische Partei an. An der Tagung in Orange nahmen laut Angaben der französischen Regionalpresse 620 Aktivisten und Sympathisanten aus dem In- und Ausland teil.

Der Bloc identitaire plant nun in Südostfrankreich – in der Region PACA (Provence Alpes-Côte d'Azur) – auch zu den kommenden französischen Regionalparlamentswahlen anzutreten. Diese finden in allen 22 französischen Regionen zugleich, in zwei Wahlgängen, am 14. und 21. März kommenden Jahres statt. Voraussichtlich wird der „Block" eigene Kandidaten auf der Liste einer 'Ligue du Sud' präsentieren, die der Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard, für diesen Anlass gegründet hat. Ihr Name beinhaltet eine offenkundige Anspielung an die rassistische Regionalpartei Lega Nord in Italien.

Unterstützung haben die Identitaires inzwischen auch von eher zwischen Konservativen und Neonazis stehenden Strömungen gefunden. So von der Redaktion der Website „Rebelles.info". Diese steht der Nouvelle Droite Républicaine (NDR, „Neue Republikanische Rechte") unter Jean-François Touzé – der noch im November 2007 gegen Le Pen um den Parteivorsitz des FN kandidierte – nahe, die im Herbst 2008 überwiegend aus einer Abspaltung vom FN hervorging. Die NDR tritt in außenpolitischen Fragen betont pro-amerikanisch und pro-israelisch auf, hält Kontakte zu Leitartiklern in konservativen Zeitungen wie Eric Zemmour und Ivan Rioufol vom „Figaro", wirbt auf der Homepage „Rebelles.info" mit dem Emblem der NATO für sich und bezeichnet ihre Orientierung selbst als „occidentaliste" (ungefähr „pro-abendländisch"). Sie hält aber auch das Andenken an die glorreichen Kämpfer der französischen Kolonialyarmeen hoch und lobte die aktuellen Agitprop-Aktionen der Identitären, die sich Anfang Oktober gegen die Beleuchtung des Pariser Eiffelturms in den Farben der türkischen Flagge (aus Anlass des „Türkeijahres") und gegen einen EU-Beitritt der Türkei richteten.

Die Redaktion der Homepage „Rebelles.info" nahm auch an der Tagung der Identitären in Orange teil. Diese wiederum verurteilten auf der Tribüne „Antisemitismus und Antizionismus" als überholte Ideologien der extremen Rechten – der man nicht mehr zugehören wolle, da man selbst sich als „Populisten" sehe –, was dem „okzidentalischen" Teil der Rechtsextremen im Höchstmaße entgegenkommt. In einem Beitrag, der am 4. November auf der Webpage „Rebelles.info" publiziert wurde, gibt ihr Autor Gabriel Bescond bekannt, dass er selbst dem Bloc identitaire beigetreten sei. Gleichzeitig fordert er in demselben Text, „bedingungslose Unterstützung für Israel". Diese, eher philosemitisch grundierte, generelle Positionierung unterscheidet den „Block" deutlich von seiner Vorgängergruppierung, der 2002 verbotenen Unité Radicale, die noch eher offen antisemitisch auftrat. In Kontinuität zu Unité Radicale steht der „Block" jedoch insofern, als er vorwiegend im außerparlamentarischen Bereich durch mal tendenziell gewaltförmige, mal spektakuläre Aktionen tätig ist.

Bernhard Schmid

MELDUNGEN

Schlappe für „pro Köln"

Düsseldorf – Die Bemühungen der rechtspopulistischen „Bürgerbewegung pro Köln", sich als normale und demokratische Formation darzustellen, haben einen Rückschlag erlitten. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf entschied am 10. November, dass die Erwähnung von „pro Köln" in den Verfassungsschutzberichten des Landes für 2007 und 2008 rechtmäßig gewesen sei. Das Gericht stellte fest, dass sich die „Bürgerbewegung" bis heute weder von ihren diffamierenden Äußerungen zu Ausländern noch von den Kontakten zu anderen rechtsextremen Organisationen distanziert habe. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums hat das Verwaltungsgericht eine Berufung nicht zugelassen. Der „pro Köln"- und „pro NRW"-Vorsitzende Markus Beisicht äußerte unterdessen die Erwartung, dass „höhere Instanzen, wie etwa das Bundesverfassungsgericht, kein Verständnis für die heute erneut erfolgte Beschädigung des Rechtsstaates haben werden". (ts)

Schlag gegen „Frontbann24"

Berlin – Rund ein Jahr nach ihrer Gründung wurde am 5. November die Kameradschaft „Frontbann24" durch den Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) verboten und zwei Wohnungen von mutmaßlichen Führungskadern durchsucht. Die Ende 2008 gegründete Berliner Kameradschaft „Frontbann24" galt als die am „schnellsten wachsende Neonazi-Organisation" (Körting) Berlins. Bekannt wurde die braune Truppe durch ihr martialisches Auftreten in der Öffentlichkeit. Zum Dresscode der rund 30 Mitglieder gehörte eine schwarze, an die SA angelehnte, Uniform. Diese bestand aus Hemden mit aufgesticktem Reichsadler, Lorbeerkranz und dem Schriftzug „Frontbann24". Enge Verbindung zum „Frontbann24" wird der ehemaligen NPD-Funktionärin Gesine Hennrich nachgesagt, deren Wohnung in Berlin-Lichtenberg an dem Donnerstag laut Meldung des „Tagesspiegels" auch durchsucht worden sein soll. Das Verbot kam wenig überraschend, da bereits im August dieses Jahres elf Wohnungen mutmaßlicher „Frontbann24"-Aktivisten durchsucht und dabei diverse NS-Devotionalien, wie Hakenkreuzfahnen und Hitler-Bilder beschlagnahmt wurden. In einer, im Zuge des Verbots erschienenen, Pressemitteilung heißt es, dass die Kameradschaft in „aktiv-kämpferischer und aggressiver Weise" agierte und eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus" aufwies. Nur wenige Stunden nach den zwei Hausdurchsuchungen meldete sich die Kameradschaft mit einer Stellungnahme im Internet zu Wort, in der sie mitteilte, vorläufig nicht näher auf die „Vorwürfe der Besatzergehilfen" einzugehen und „rechtliche Schritte" gegen die Verbotsverfügung prüfen zu lassen. (mb)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de